A4 Die Arbeit am Grundsatzprogramm erst einmal auf die Überlebensfragen konzentrieren

Antragsteller*in: Alfred Mayer
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

Der Kreisverband München-Stadt schlägt dem Bundesverband vor und beantragt bei der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz, bei der zeitraubenden Entwicklung des neuen Grundsatzprogramms angesichts des sich beängstigend beschleunigenden Kimawandels die Überlebensfragen vorzuziehen.
Erst wenn wir uns entschieden haben, ob wir wirklich alles Menschenmögliche fordern wollen, um die Klimaneutralität weit vor 2035 herzustellen, kann das Grundsatzprogrogramm guten Gewissens bis in alle Verästelungen der vielen anderen auch wichtigen Themen weiter verfolgt werden. Uns muß bewußt werden, daß diese sonstigen Themen von einer weiter bewohnbaren Erde abhängen.

Begründung

Selbst bei einem Stillstand der bis heute erreichten Erdtemperatur wäre das Abschmelzen der Gletscher samt Polkappen und das Auftauen der Permofrostböden nicht mehr zu verhindern. Auch in unserem Paradies Deutschland samt Bayern werden wir von Rekord zu Rekord bei den trockensten Sommern seit Beginn der Aufzeichnungen eilen.

In unserer politischen Verantwortung als Umweltpartei für die Bewohnbarkeit der Erde auf Dauer kommen wir der heiligen Pflicht nicht aus, weit vor 2035 jedenfalls in unserem Einflußbereich und als Vorreiter für Klimaneutralität zu sorgen, Das wird ohne empfindliche, aber heute och gut zu meisternde Einschränkungen bei unserer komfortablen, Ressourcen und Energie krass verschwendeten Lebensführung samt einem die Lage völlig verkennenden Wirtschaftswachstum und künstlich aufrecht erhaltenen Konsum von auch hochwertigen Wegwerfprodukten, einem gedankenlos aufeblähtem Autoverkehr und einem sinnentleerten weltumspannenden Flugtourismus und einem nur noch von Profitgier gesteuerten rücksichtslosen, völlig freien Welthandel, um nur einige Skandale zu benenen.

Der dafür erforderliche innerparteiliche Meinungsbildungsprozess wird nicht einfach sein, denn wir sind gewohnt, uns den Wählern als möglichst harmlose, es allen recht machende neoliberale Volkspartei zu präsentieren.

Viel zu Viele von uns haben nicht verstanden, warum wir uns mit dem VeggieDay lächerlich gemacht haben und halten jede Forderung für übertrieben, die über diese gefähriche Forderung eines fleischlosen Tags pro Woche in öffentlichen Kantinen hinausgeht. Die Blamage entstand aber, weil es die aufregendste Forderung im Bundestagswahlprogramm war.

Eine panische Angst herrscht vor dem Vorwurf eines Herrn Söder, wir seien eine Verbots- oder gar Verzichtspartei, ganz so als wären alle anderen Parteien für die Abschaffung des Strafgesetzbuchs und der vielen Orndungwidrigkeitstatbestände, die unser Zusamenleben auf eine sichere Grundlage stellen. Wenn wir Verbote fordern, dann geht es um die Bewahrung der weitvollsten Güter im Rahmen einer Überlebensstrategie. Wir haben wie keine andere Partei für den Wegfall mancher unsäglicher Verbote und Straftatbestände gesorgt und im übrigen sind wir für Verbote, wenn unsere Forderungen in einer Massengesellschaft allein mit gutem Zureden nicht durchzusetzen sind. Und selbst da waren und sind wir oft mutlos. Den Schutz der Nichtraucher haben wir der Zwergpartei ÖDP überlassen. Bis dahin hatten bei den Grünen die Kettenraucher das Sagen.
Uns als Verbotspartei zu bezeichnen, ist ein Geschenk, das wir nicht verdienen.

Wenn eine Massengesellschaft funktionieren soll, muß es Regeln geben und die Regierung hat für ihre Einhaltung zu sorgen. Gerade Herr Söder ist da viel mehr dafür als die Grünen.

FridaysForFutur beginnt allmählich, auch die Mehrheit der grünen Mitglieder zu einer konsequenteren, beileibe noch nicht konsequenten Umweltpolitik zu ermutigen. Ein der Situation voll gerecht werdendes Grundsatzprogramm wird viel Kraft und Zeit kosten. Und wir dürfen keine Zeit mehr verlieren ...